

# **Antrag**

## **der Hochschulgruppe DIE LINKE.HU**

### **Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität möge beschließen:**

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin übt in seiner Funktion als Organ der verfassten Studierendenschaft scharfe Kritik an der Entscheidung von Bundestag und Regierung, die BAföG-Sätze auch im aktuellen Semester nicht anzuheben. Es weist darauf hin, dass die Sätze seit 2001 nicht an die gestiegenen Kosten, die zum Absolvieren eines Studiums und zur Lebenshaltung nötig sind, angepasst wurden.

Wir kritisieren des Weiteren die mit dem Verzicht auf eine notwendige Erhöhung der BAföG-Sätze sich nochmals verstärkende Auslese der Studierenden nach sozialen Kriterien: Studierende, deren Eltern nicht über die notwendige finanzielle Kraft verfügen, werden immer stärker in die Verschuldung durch verzinste Kredite getrieben. Aufgrund fehlender gesetzlicher Bestimmungen wird es den Betroffenen immer schwerer, diese Kredite zurückzuzahlen, da immer mehr Akademiker in sog. „Praktika“ oder direkt in die Arbeitslosigkeit gezwungen werden.

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität fordert die politisch Verantwortlichen auf, die Politik der sozialen Auslese an deutschen Universitäten zu beenden und als einen ersten Schritt die Sätze des BAföG auf eine Höhe zu heben, die den tatsächlichen Kosten des Lebens entsprechen.

Das Studierendenparlament möge dies in Form eines offenen Schreibens an die Vorsitzenden der Fraktionen im Bundestag und die Bundesministerin für Bildung und Forschung kundtun.

### **Begründung**

Die BAföG-Sätze wurden seit 2001 nicht mehr auf die aktuelle Entwicklung der Lebenshaltungskosten etc. angepasst. Stattdessen setzten Bundesregierung und die Mehrheit des Bundestages auf Ablenkmanöver, die scheinbare Verbesserungen jenseits der konkreten Anhebung der BAföG-Sätze vortäuschen. Diese „Verbesserungen“ bedeuten eine klare Benachteiligung von Studierenden, denen kein wohlhabendes Elternhaus zu Verfügung steht. Zusätzliche Verschlechterungen entstehen etwa für studierende Eltern, die durch das sozialdarwinistische „Elterngeld“ nochmals finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Die „Erhöhung“ des BAföG für Eltern kann diesen drastischen Einschnitt nicht ausgleichen.

Die Novelle vom Februar 2007 sorgt des Weiteren dafür, dass durch den Wegfall der Förderung von Schülern des zweiten Bildungsweges, das Ablegen des Abiturs an Abendgymnasien und ähnlichen Bildungseinrichtungen beinahe unmöglich gemacht wird. Trotz der miserablen Lage und der immer stärkeren Auslese der Studierenden an deutschen Hochschulen preisen sich Bundesregierung und Bundesministerium für Bildung und Forschung selbst. So wird die Möglichkeit eines verzinstens Darlehens durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als bildungspolitischer Erfolg gefeiert. Dass hierbei betroffene Studierende, die entweder kein BAföG erhalten, weil ihre Eltern über vermeintlich „ausreichende Mittel“ verfügen bzw. Studierende, denen die geringen BAföG-Sätze nicht zum Lebensunterhalt ausreichen, in eine Schuldenfalle getrieben werden, wird nicht erwähnt. Gerade in Zeiten der Prekarisierung, die sich besonders bei Arbeitsverhältnissen von AkademikerInnen niederschlägt, ist ein zügiges Abzahlen nach Abschluß des Studiums praktisch unmöglich.

Stattdessen bietet sich den AbsolventInnen die Perspektive eines Lebens mit drückenden Schulden.

Perspektivisch muss darauf hingearbeitet werden, dass das BAföG zu einer elternunabhängigen Ausbildungsfinanzierung ausgebaut wird. Die gezahlten Sätze müssen dabei den tatsächlichen Lebenshaltungskosten von Studierenden entsprechen und an den Wandel derselben regelmäßig angepasst werden. Derzeit werden die ausgebliebenen Anhebungen der Sätze damit gerechtfertigt, dass der Bundeshaushalt die Mittel nicht hergebe. Tatsächlich sind diese „leeren Kassen“ aber Ergebnis einer katastrophalen Finanzpolitik, insbesondere seit 1999, die massiv Umverteilungen von unten nach oben bedeutet, dadurch eine extrem ungleichmäßige Verteilung des Reichtums schuf, wie es sie in der BRD noch nicht gegeben hatte. Des Weiteren flossen seit der Regierung unter Gerhard Schröder und Joseph Fischer immer stärker Gelder in Angriffskriege, Völkermord und ethnische Säuberungen durch die Bundeswehr. Die Folgen dieser katastrophalen Politik dürfen nicht auf den Rücken der sozial Schwachen und auch der Studierenden ausgetragen werden.

Die Intention der BAföG-Novelle ist klar: Unerwünscht sind Studierende, die schon von Anfang an nicht das reiche Elternhaus mitbringen, unerwünscht sind Studierende, die eine Familie gegründet haben oder gründen wollen und sich nicht der bedingungslosen Ausbildung zum Rädchen im Getriebe hingeben. Kurz: unerwünscht sind Studierende, die nicht dem Bildungsmodell der neoliberalen Ideologen entsprechen. Diese werden künftig durch den Zwang zur Lohnarbeit, der kaum noch mit den zeitlichen Belastungen eines BA/MA-Studiums zu verbinden ist bzw. mit der Alternative, einen Schuldenberg anzuhäufen, noch stärker als bisher von einem Studium und damit zum Erwerb einer höheren Bildung, die einen sozialen Aufstieg versprechen kann, abgehalten.

Das StuPa der HU sollte daher seine Stimme nutzen und im Interesse der Studierenden ein Zeichen an Bundestag und Regierung abgeben, das deutlich macht, dass die unsoziale und sozialdarwinistische Bildungspolitik der Bundesregierung nicht unbeobachtet bleibt und trotz verschiedenster Versuche der Herrschenden, die Studierenden ruhigzustellen auf Widerspruch stoßen.